

Druck der Mieter*innen zahlt sich aus

Bezirk lehnt Abwendungsvereinbarung ab

Einwohneranfragen

Die Sanderstr. 11/11a wurde zu einem Spekulationspreis verkauft. Es drohten steigende Mieten und möglicherweise die Umwandlung in Eigentumswohnungen. Die Bewohner*innen drängten auf eine Anwendung des bezirklichen Vorkaufsrechts. Inzwischen hat der Bezirk die Abwendungsvereinbarung des neuen Eigentümers abgelehnt. Wenn diese Ablehnung vor Gericht bestätigt wird, ist das größte Hindernis für den Vorkauf beseitigt.

Weitere Anfragen drehten sich um die unerträgliche Hitze in der Karlsgartengrundschule. Nachdem ein fehlerhaftes Sonnensegel über ein Glasdach montiert wurde, streitet der Bezirk mit der ausführenden Firma, wer für den Schaden aufkommt.

Keine weiteren Hotels

Der Antrag der LINKEN zum Erhalt von Produktionsflächen zwischen Neuköllnische Allee, Kanal und Grenzallee wurde nach längerer Debatte angenommen. CDU, AfD und FDP haben sich für die Ansiedlung von Hotels stark gemacht. Aus Sicht der Fraktion werden keine weiteren Hotels benötigt.

Werbung des CDU-Stadtrates

In der Anfrage der Grünen, die von SPD und LINKE unterstützt wurde ging es um den Missbrauch des Newsletters der Abteilung für Jugend und Gesundheit. In dem Newsletter hatte der CDU-Stadtrat über den

Wechsel des ehemaligen Stadtrates für Umwelt in die CDU berichtet. Dieser war zuvor aus der AfD ausgetreten. Außerdem hetzte der Jugendstadtrat gegen das Bündnis Neukölln.

Schutz für Fahrradfahrer*innen

Die zentrale Debatte dieser BVV-Sitzung entwickelte ich bei der Großen Anfrage der LINKEN zum Thema Radverkehrssicherheit. In der längeren Debatte zeigten sich klar die Fronten in der BVV. Während CDU, AfD und FDP bei einer Verkehrspolitik der 60er und 70er Jahre unter dem Stichwort „autogerechte Stadt“ stehen geblieben waren, trat die LINKE wie auch Grüne und SPD für eine moderne Verkehrspolitik mit besserer Förderung des Radverkehrs ein. Die Verkehrswende in Berlin bzw. Neukölln kann nur mit mehr und besseren ÖPNV und einer Ausweitung der Fahrradinfrastruktur gelingen.

Schulbauoffensive

Der Antrag der LINKEN „Beteiligung der Betroffenen der Schulbauoffensive sicherstellen“ wurde in geänderter Fassung vorgezogen und von SPD, CDU, Grünen und LINKEN beschlossen. Dabei geht es darum, dass betroffene Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen einen relevanten Einfluss auf den Bauprozess erhalten.



Initiativen

Alle Initiativen der Fraktion können auf www.linksfraktion-neukoelln.de eingesehen und nachverfolgt werden.

Anfragen

Warum müssen Neuköllner Schüler*innen zum Schuljahresbeginn in ungereinigten Räumen lernen?

Austausch moderner Gasetagenheizungen

Mietschuldenübernahme Maybachufer/Manitiusstr.

Zweckentfremdung von Wohnraum für Ferienwohnung

Unzumutbare Bearbeitungszeiten beim Unterhaltsvorschuss?

Auflagen für Schankvorgärten bei Außengastronomie

Anträge

Unterhaltsvorschuss: Alleinerziehende nicht warten lassen!

Wohnraum sichern: Illegale Vermietung von Ferienwohnungen unterbinden!

Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in Milieuschutzgebieten

Die Fraktion hat eine neue Website: www.linksfraktion-neukoelln.de

Vielfältige Probleme an Neuköllns Schulen

Blockade durch AfD und FDP

Einwohneranfragen

Erneut ging es in einer Einwohneranfrage um eine drohende Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, diesmal im Milieuschutzgebiet Schillerpromenade. Bezirksstadtrat Jochen Biedermann (Grüne) mühte sich bei der Beantwortung redlich, den Fragesteller*innen seine Solidarität zum Ausdruck zu bringen, ohne dabei jedoch konkreter zu werden.

Mündliche Anfragen

Die SPD wollte von Bezirksstadtrat Liecke wissen, warum seiner Ansicht nach Menschen mit Migrationshintergrund seltener Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch nehmen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Liecke wollte dazu jedoch auch nach mehrfachen Nachfragen nicht klar Stellung beziehen und warf der SPD-Fraktionsvorsitzenden „Spielchen“ vor, was eine Sitzungsunterbrechung nach sich zog. Für DIE LINKE fragte Ahmed Abed das Bezirksamt, warum Neuköllner Schüler*innen zum Schuljahresbeginn in ungereinigten Räumen lernen müssen. Bezirksbürgermeister Hikel bedauerte diesen Umstand in seiner Antwort ausdrücklich und versprach, die Angelegenheit gründlich zu untersuchen.

Mobbing an Neuköllns Schulen

Eine emotionale Debatte löste die Große Anfrage der FDP zu „Mobbing an Neuköllner Schulen“ aus. Zu dessen Umfang konnte Bezirksstadträtin

Karin Korte (SPD) allerdings keine Angaben machen, weil es keine offizielle Statistik gibt. Das mag zum einen daran liegen, dass der Begriff Mobbing sehr unscharf ist, zum anderen aber auch daran, dass derartige Probleme direkt vor Ort, an den Schulen behandelt werden, wenn auch auf der Grundlage von Handreichungen des Senats. Während die CDU der Landesregierung vorwarf, die Schulen nicht ausreichend für den Umgang mit diesem Problem vorzubereiten, stellten die anderen Redner*innen, allen voran der LINKEN-Fraktionsvorsitzende Thomas Licher und seine Kollegin Mirjam Blumenthal von der SPD, das Thema Mobbing in einen größeren Zusammenhang. Sie definierten es als eine Form von Gewalt, deren Ursachen nicht zuletzt in der Gesellschaft insgesamt liegen.

Koordinierungsstellen

Den Schlusspunkt der Sitzung bildete ein Antrag von Ahmed Abed zur „Einrichtung weiterer Neuköllner Koordinierungsstellen“ – eine augenzwinkernde Reaktion auf die Neigung der Zählgemeinschaft, die Einrichtung solcher Stellen mit der Lösung von Problemen zu verwechseln, und gleichzeitig eine Kritik an einer aus Sicht der LINKE falschen Schwerpunktsetzung der Bezirkspolitik.

Weil aufgrund der Blockadehaltung der AfD und neuerdings auch der Gruppe der FDP die Tagesordnung immer länger wird, wurden zwei zusätzliche BVV-Termine angesetzt.



August
2018

Fraktion in der BVV Neukölln

Kontakt

Rathaus Neukölln
Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin,
Raum A307

Fon: +49.30.90239-2003

Fax: +49.30.90239-3482

linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de

Sprechstunden

Dienstag 10:00 – 14:00 Uhr

Donnerstag 14:00 – 18:00 Uhr

Termine

17. September 2018 / 16:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung

17. September 2018 / 18:00 Uhr

22. öffentliche Sitzung der BVV Neukölln

24. September 2018 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung

26. September 2018 / 17:00 Uhr
22. öffentliche Sitzung der BVV Neukölln

8. Oktober 2018 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung

15. Oktober 2018 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung

17. Oktober 2018 / 17:00 Uhr
24. öffentliche Sitzung der BVV Neukölln

5. November 2018 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung

12. November 2018 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung

14. November 2018 / 17:00 Uhr
24. öffentliche Sitzung der BVV